

Y

Dr. Dr. Alexander Egger
Universitätsdozent in Wien

Europäisches Vergaberecht

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	23
1. Teil - Grundlegung	25
§ 1 Wirtschaftlicher und historischer Rahmen	25
1. Abschnitt - Wirtschaftliche Aspekte	25
I. Grundsätzliches	25
II. Wirtschaftliche Besonderheiten des Beschaffungswesens	26
A. Bedeutung des Beschaffungswesens	26
B. Besonderheiten der Marktteilnehmer	26
C. Wirtschaftspolitische Funktionen des Beschaffungswesens	28
1. Politiken und Formen der Berücksichtigung	28
2. Kritik und Alternativen	30
III. Notwendigkeit von Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene	30
IV. Wirtschaftliche Effekte des EG-Vergaberechts	32
A. Befund: Auswirkungen des Vergaberegimes	32
B. Erklärung: Prägende Faktoren	33
2. Abschnitt - Historische Entwicklung	33
I. Erste Schritte	33
A. Die ersten Regelungen	33
1. Allgemeine Programme	34
2. Liberalisierung	34
a) Lieferungen	34
b) Bauleistungen	34
B. Scheitern	35
II. Koordinierungsphase I	35
A. Bauleistungen	35
B. Lieferungen	35
III. Beobachtungsphase	36
IV. Koordinierungsphase II	36
A. Novellierungen	36
1. Bauleistungen	36
2. Lieferungen	37
B. Neue Bereiche	37
1. Dienstleistungen	37
2. Sektoren	38
3. Rechtsmittelrichtlinien	38
V. Phase der Konsolidierung	38
A. Kodifizierung	38
B. Vereinheitlichung	38
C. Ausdehnung	39
D. Beseitigung von Ausnahmen	39
VI. Phase der Anpassung an das GPA	39
A. Formelle Besonderheiten	39
B. Materielle Schwierigkeiten	39

VII. Jüngste Kodifikation	40
A. Problematik	40
B. Rechtliche Änderungen	41
VIII. Geplante Maßnahmen	42
§ 2 Rechtliche Rahmenbedingungen	44
1. Abschnitt - Primärrechtliche Rechtsquellen des Vergabewesens	44
I. Rolle des Primärrechts im Vergabewesen	44
II. Die erfassten Vergaben	46
A. Geographischer Geltungsbereich	46
B. Die erfassten Auftraggeber: der Begriff des Staates	47
1. Elemente zur Bestimmung des Staatsbegriffes im Primärrecht	47
a) Funktionales Element	47
b) Finanzielles Element	47
c) Organisatorisches Element	48
2. Ergebnis und Vergleich mit den Vergaberichtlinien	48
C. Allgemeine Ausnahmen vom Gemeinschaftsrecht	49
1. Ausnahme für bestimmte Auftraggeber	49
2. Ausnahme im militärischen Sektor	51
a) Erste Voraussetzung: Wesentliche Sicherheitsinteressen	51
b) Zweite Voraussetzung: Gegenstand der Vergabemaßnahmen	52
c) Dritte Voraussetzung: Erforderlichkeit der Vergabemaßnahmen	53
3. Ausnahme in Krisensituationen	53
4. Ausnahme für alte Vergabeabkommen der Mitgliedstaaten	53
III. Die auf die erfassten Vergaben anwendbaren Vorschriften	54
A. Vorgaben für den Staat als Hoheitsträger und als Auftraggeber	54
1. Grundsätzliches zum Inhalt primärrechtlicher Verpflichtungen	55
2. Diskriminierungsverbote und Grundfreiheiten	56
a) Besondere Voraussetzungen als Einschränkungen	58
aa) Einschränkung: Binnenmarktrelevanz	58
bb) Einschränkung: Keck-Rechtsprechung	60
b) Abgrenzung der Grundfreiheiten voneinander	61
aa) Warenverkehrsfreiheit	61
bb) Niederlassungsfreiheit	62
c) Dienstleistungsfreiheit	62
3. Vergaberelevanter Spielraum in Bezug auf die Grundfreiheiten	63
a) Abschließende Ausnahmen	63
aa) Öffentliche Ordnung und Sicherheit	63
bb) Schutz der Gesundheit	64
cc) Ausübung der öffentlichen Gewalt	65
dd) Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	66
ee) Schutz aus kulturellen Gründen	67
b) Zwingende Erfordernisse und im Allgemeininteresse liegende Gründe ...	67
c) Objektive Umstände	68
4. Verbot staatlicher Beihilfen	69
a) Grundsätze	69
b) Ausnahmen	72
c) Präferenzregime	72

B.	Vorgaben für den Staat als Hoheitsträger	74
1.	Hoheitliche Maßnahmen in Bezug auf Vergaben	74
2.	Verantwortlichkeit für hoheitliche Vergabemaßnahmen	75
C.	Vorgaben für den Staat als Unternehmer	76
1.	Grundsätze	76
a)	Kartellverbot	78
b)	Missbrauchsverbot	79
2.	Verantwortlichkeit des Auftraggebers für sein rechtswidriges Verhalten	79
D.	Praktische Bedeutung der Vorgaben in Vergabeverfahren	80
1.	Verfahrensmäßige Vorgaben	80
a)	Verfahrensrechtliche Pflichten nach Beihilfenrecht	80
b)	Verfahrensrechtliche Pflichten nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen und den Grundfreiheiten	81
2.	Vorgaben für den Gegenstand der Leistung	84
a)	Leistungsbeschreibung, insbesondere technische Klauseln	85
b)	Sonstiger Vertragsinhalt: Konditionen	85
3.	Vorgaben für die Eignung	86
4.	Vorgaben für die Prüfung der Angebote	87
5.	Vorgaben für die Phase nach dem Zuschlag	88
IV.	Die Sondervorschriften in den Beitrittsakten	88
2.	Abschnitt - Abkommen	89
I.	Außenkompetenz im Vergabewesen	89
A.	Zuständigkeit der EG	89
1.	Ausschließliche Zuständigkeit der EG	89
a)	Explizite ausschließliche Zuständigkeit	89
b)	Implizite ausschließliche Zuständigkeit	90
2.	Nicht ausschließliche Zuständigkeit der EG	91
B.	Zuständigkeit der Mitgliedstaaten	92
C.	Geteilte Zuständigkeit	92
II.	Ausgeübte Zuständigkeit der EG: Bestehende Abkommen	93
A.	WTO-Rahmen: Agreement on Government Procurement	93
1.	Geltungsbereich	94
2.	Inhalt des GPA	94
a)	Materielle Regeln	94
b)	Rechtsschutz	95
c)	Konsultationen und Streitschlichtung	95
3.	Rechtswirkungen des GPA	96
B.	Vergabeabkommen	99
1.	Grundsätzliches	99
2.	Besonders wichtige Abkommen	99
a)	Schweiz	99
b)	USA	99
C.	Sonstige Abkommen mit Bedeutung für das Vergabewesen	100
1.	EWR-Abkommen	100
2.	Sonstige Abkommen	100

3. Abschnitt - Sonstiges abgeleitetes Gemeinschaftsrecht	102
I. Richtlinien	102
A. Vergaberichtlinien	103
1. Revision-Änderung	103
a) Revision (Überprüfung)	103
b) Änderung	103
2. Nähere Ausführung	104
a) Allgemeines	104
b) Befugnisse der Organe im Rahmen der Außenbeziehungen	104
B. Andere Richtlinien mit vergaberechtlichem Inhalt	105
1. Richtlinie über Bodenabfertigungsdienste	105
2. Richtlinie über Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen	105
II. Verordnungen	106
III. Entscheidungen	106
IV. Nicht verbindliche Rechtsakte	106
4. Abschnitt - Wirkungen des EG-Vergaberechts auf innerstaatliches Recht	107
I. Vorrang und unmittelbare Anwendbarkeit	107
A. Vergaberecht im Allgemeinen.....!?!'	107
B. Besonderheiten der Vergaberichtlinien	108
1. Voraussetzungen	108
a) Grundsätzliche Bemerkungen	108
b) Rechtsmittel richtlinien.....	109
2. Die zur unmittelbaren Anwendung verpflichteten Stellen	112
3. Begünstigte der unmittelbaren Anwendbarkeit	113
a) Privater Bieter	113
b) Staatlicher Bieter	114
II. Richtlinien: Umsetzung und Mitteilung der Umsetzungsvorschriften	115
A. Pflicht zur Umsetzung	115
1. Zeitliches Kriterium	115
2. Formelle und materielle Kriterien	116
B. Verpflichtung zur Mitteilung der Umsetzungsvorschriften	118
III. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	118
A. Grenzen aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen	119
B. Grenzen in Bezug auf die Interpretationsmöglichkeit	119
C. Grenzen in Bezug auf den Interpretationsmaßstab	119
D. Grenzen in Bezug auf den Gegenstand der Interpretation	120
IV. Verfahrensrechtliche Vorgaben für das Vergaberecht	120
V. Pflicht zur Sanktionierung gemeinschaftsrechtswidrigen Handelns	121
2. Teil - Sekundärrechtliche Vorgaben	122
§ 1 Der Geltungsbereich	122
1. Abschnitt - Die verpflichteten Auftraggeber	122
1. Die Auftraggeberseite der klassischen Richtlinie	123
A. Staat und Gebietskörperschaften	123
B. Einrichtungen des öffentlichen Rechts	124
1. Verhältnis des Anhangs III zum Kriterienkatalog	124

2.	Inhalt und Aufbau von Anhang III	125
	a) Allgemein	125
	b) Österreichische Einrichtungen	126
3.	Kriterienkatalog	127
	a) Zweck oder tatsächliche Tätigkeit ?	129
	aa) Aufgaben im Allgemeininteresse	130
	bb) Erfüllung der Aufgabe auf nichtgewerbliche Art	131
	cc) Einbeziehung von Einrichtungen mit gemischten Aufgaben	136
	b) Rechtspersönlichkeit	137
	c) Staatlicher Einfluss	138
C.	Verbände und Kooperationen	139
D.	Zentrale Beschaffungsstellen	140
E.	Zentrale Regierungsbehörden	141
F.	Einbeziehung anderer Einrichtungen	141
	1. Ausdehnung auf subventionierte Aufträge	141
	2. Unterwerfung unter ein Ersatzregime	143
	a) Bestimmte Daseinsversorger	143
	b) Baukonzessionäre	144
II.	Die Auftraggeberseite der Sektorenrichtlinie	144
A.	Erfasste Kategorien von Auftraggebern	144
	1. Öffentliche Auftraggeber	145
	2. Öffentliche Unternehmen	145
	3. Private Unternehmen	146
B.	Tätigkeiten in bestimmten Sektoren	147
	1. Energie und Wasser	148
	2. Verkehrsleistungen	148
	3. Post	150
C.	Anhänge: Bedeutung und Aufbau	150
D.	Ausnahmen für bestimmte Sektorenauftraggeber	151
	1. Freistellung: Tätigkeiten, die dem Wettbewerb ausgesetzt sind	151
	2. Ersatzregime: Suche oder Förderung bestimmter Brennstoffe	152
2.	Abschnitt - Die Bieterseite	152
	I. Unternehmereigenschaft	152
	A. Allgemeine Voraussetzungen	152
	B. Sonderfälle	153
	1. Bietergemeinschaften	153
	2. Generalübernehmer	154
	II. Bieter aus Drittstaaten	155
3.	Abschnitt-Sachlicher Geltungsbereich	156
	I. Aufträge: Allgemeine Voraussetzungen	156
	A. Erfasste Verträge	156
	1. Allgemeine Merkmale	156
	2. Vergaben im Unternehmensverbund : In-House und Quasi-In-House	159
	a) Eigenleistungen oder In-House-Vorgänge	159
	b) Quasi-In-House-Vergaben und Vergaben im Unternehmensverbund	160
	aa) Vergaben in den Sektoren	161
	bb) Vergaben außerhalb der Sektoren	161

c)	Die Voraussetzungen für die Anwendung der Ausnahme.	162
aa)	Das Kontrollkriterium.	163
bb)	Das Kriterium der wesentlichen Tätigkeit.	164
d)	Anwendungsfälle: Weitere Kriterien.	166
e)	Art der Beteiligung am Leistungserbringer.	166
aa)	Eigengesellschaften.	166
bb)	Gemischt-öffentliche Einrichtungen.	167
cc)	Gemischtwirtschaftliche Einrichtungen.	169
f)	Grad des Verhältnisses der Partner am Leistungsaustausch.	171
g)	Richtung des Leistungsaustausches.	172
h)	Umfang der Übertragung.	173
3.	Privatisierung-Ausgliederung-Übertragung von Anteilen.	174
a)	Anwendbarkeit.	176
b)	Ausnahmen.	178
c)	Rechtsfolge: Durchführung eines Verfahrens.	179
B.	Rahmenverträge - Rahmenübereinkünfte - Rahmenvereinbarungen.	180
C.	Vergaben, die in Drittstaaten ausgeführt werden.	182
II.	Besondere Voraussetzungen für die einzelnen Arten von Aufträgen.	183
A.	Öffentlicher Bauauftrag.	183
1.	Ausführung oder Planung und Ausführung.	184
2.	Erbringung einer Bauleistung durch Dritte.	184
B.	Öffentlicher Lieferauftrag.	186
1.	Inhalt.	186
2.	Art des Schuldverhältnisses.	187
C.	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag.	187
1.	Ausgenommene Aufträge.	187
a)	Ausnahmen nach dem Auftragsgegenstand.	188
b)	Ausnahme für Vergaben an Dienstleistungsmonopole.	190
2.	Prioritäre und nicht-prioritäre Dienstleistungen.	191
D.	Aufträge in den Sektoren.	191
1.	Grundsatz.	191
2.	Ausnahme für bestimmte Aufträge.	192
a)	Ausnahmen nach dem Zweck der Vergabe.	192
b)	Ausnahmen für Dienstleistungsaufträge an bestimmte Stellen.	194
E.	Gemischte Aufträge.	194
1.	Trennungsregel.	194
2.	Zuordnungsregeln.	195
a)	Aufträge über erfasste und nicht erfasste Lieferungen, Bau- oder Dienstleistungen.	195
b)	Aufträge über Lieferungen und Dienstleistungen.	196
c)	Aufträge über Bauleistungen und Lieferungen und/oder Dienstleistungen.	196
d)	Auftragsteile mit unterschiedlichen Wertgrenzen.	198
e)	Gemischte Dienstleistungsaufträge.	198
0	Gemischte Sektoraufträge.	199
III.	Konzessionen.	199
A.	Baukonzessionen.	202
B.	Dienstleistungskonzessionen.	202

IV. Ideen- und Realisierungswettbewerbe	203
A. Erfasste Wettbewerbe	203
B. Ausgenommene Wettbewerbe	203
V. Beschränkung des Geltungsbereiches - Ausnahmen	203
A. Ausnahmen aufgrund nationaler Interessen	204
1. Geheime Aufträge	205
2. Erforderliche Sicherheitsmaßnahmen	205
3. Schutz von Sicherheitsinteressen	205
B. Ausnahmen aufgrund internationaler Interessen	206
1. Kooperationsabkommen	206
2. Truppen abkommen	206
3. Internationale Organisationen	206
C. Ausnahme aufgrund militärischer Interessen	207
4. Abschnitt - Schwellenwerte	207
I. Aufträge	208
A. Wertgrenzen	208
B. Zeitpunkt und Methoden zur Berechnung des Auftragswertes	208
C. Umgehungsverbote	209
D. Erlaubte Aufteilung oder gebotene Zusammenrechnung	209
1. Vergabe	210
2. Gemischte Aufträge	211
II. Baukonzessionen	211
III. Wettbewerbe	211
§ 2 Das Vergabeverfahren	212
1. Abschnitt - Grundsätze des Vergabe Verfahrens	212
I. Allgemeine Prinzipien und gemeinsame Grundlagen	212
A. Wettbewerbsgrundsatz	212
B. Gleichbehandlungsgrundsatz	213
C. Grundsatz der Transparenz	214
1. Die verschiedenen Aspekte der Transparenz	215
2. Die Ausprägungen der Transparenz: Übermittlung und Veröffentlichung	216
a) Gegenstand der Übermittlung und Veröffentlichung	216
b) Unterscheidung von Übermittlung und Veröffentlichung	216
aa) Übermittlung	217
bb) Veröffentlichung	218
II. Ausprägungen der Grundsätze	219
A. Geheimnisschutz: Vertraulichkeit der übermittelten Inhalte	219
1. Schutz der Unternehmen	219
2. Schutz der Auftraggeber	220
B. Erlaubte und unerlaubte Beziehungen zwischen Auftraggebern und Unternehmen	220
1. Erlaubte und unerlaubte Kontakte: Grenzen der Kommunikation	220
a) Auskünfte	221
aa) Auskünfte an Auftraggeber	221
bb) Auskünfte an Unternehmen	222
b) Verhandlungen	222

2.	Neutralität des Auftraggebers: Vorarbeitenproblematik und Interessenskonflikte.	224
a)	Informationsvorsprung: Projektantenproblematik und sonstige Bevorzugung.	224
b)	Interessenskonflikte - Befangenheit.	227
2.	Abschnitt - Vorinformation: Transparenz der Vergabepolitik der Auftraggeber.	228
I.	Inhalt und Form der Vorinformation.	229
A.	Vorinformation über öffentliche Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen.	229
B.	Vorinformation in den Sektoren.	230
II.	Übermittlung der Vorinformation.	230
III.	Veröffentlichung der Vorinformation.	230
3.	Abschnitt - Die verschiedenen Arten von Vergabeverfahren.	230
I.	Vor- und Nachteile der einzelnen Verfahrensarten.	230
II.	Arten von Vergabeverfahren.	232
A.	Offenes Verfahren.	233
1.	Veröffentlichung der Bekanntmachung.	233
2.	Abgabe der Angebote.	233
3.	Prüfung der Unternehmen und der Angebote sowie Erteilung des Zuschlags.. . . .	234
B.	Nichtoffenes Verfahren.	235
1.	Erstellung, Übermittlung und Veröffentlichung der Bekanntmachung.	235
2.	Antrag auf Teilnahme am Vergabeverfahren.	235
3.	Prüfung der Anträge und Auswahl der Bewerber.	235
4.	Aufforderung zur Abgabe von Angeboten.	236
5.	Abgabe und Prüfung der Angebote sowie Zuschlag.	236
C.	Verhandlungsverfahren.	236
D.	Wettbewerblicher Dialog.	238
E.	Unterarten oder Durchführungsmodi von Verfahrensarten.	242
1.	Dynamisches Beschaffungssystem.	242
2.	Elektronische Auktionen.	243
F.	Verfahren nach einer regelmäßigen Bekanntmachung oder einer Bekanntmachung über ein Prüfungssystem in den Sektoren (Präqualifikation).	244
G.	Ersatzregime.	245
1.	Ersatzregime für Inhaber bestimmter Sonder- und Alieinrechte.	245
2.	Ersatzregime für befreite Sektorauftraggeber.	245
H.	Verfahren für die Vergabe von Einzelaufträgen aufgrund von Rahmen.	246
1.	Klassische Richtlinie.	246
2.	Sektorenrichtlinie.	247
I.	Regime für Ideenwettbewerbe und Realisierungswettbewerbe.	247
III.	Voraussetzungen für die Wahl einer Verfahrensart.	248
A.	Allgemeine Grundsätze für die Wahl der Verfahrensart.	248
1.	Klassische Richtlinie.	248
2.	Sektorenrichtlinie.	249
B.	Wahl der Verhandlungsverfahren.	250
1.	Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung.	250
2.	Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung bzw ohne alternative Bekanntmachung (Aufruf zum Wettbewerb).	251
a)	Nicht ordnungsgemäße oder unannehbare Angebote.	252
b)	Keine oder ungeeignete Angebote.	252
c)	Technische oder künstlerische Gründe sowie Ausschließlichkeitsrechte	253

d) Bestimmte Gründe der Dringlichkeit	253
e) Sonstige Gründe	255
3. Wettbewerblicher Dialog	256
4. Abschnitt - Vorgaben für Vergabeverfahren	257
I. Bekanntmachungen für ein konkretes Verfahren und Verdingungs- bzw Ausschreibungsunterlagen	257
A. Arten von Bekanntmachungen für ein konkretes Verfahren	257
1. Bekanntmachung einer konkreten Vergabe	258
2. Alternative Bekanntmachungen in den Sektoren	258
B. Inhalt von Bekanntmachungen für ein konkretes Verfahren und von Verdingungs- bzw Ausschreibungsunterlagen	259
1. Allgemeine Anforderungen an Bekanntmachungen für ein konkretes Verfahren (vorherige Bekanntmachungen)	259
2. Spezifikationen in Bekanntmachungen und in Verdingungs- bzw Ausschreibungsunterlagen	260
a) Allgemeine Vorgaben	261
aa) Pflicht zur Festlegung technischer Spezifikationen	261
bb) Verbot diskriminierender Spezifikationen	261
cc) Verpflichtung zur Transparenz	261
b) Arten von Leistungsbeschreibungen	262
aa) Grundsätzliches	262
bb) Funktionale Leistungsbeschreibung	262
3. Berücksichtigung sog. vergabefremder Aspekte	263
II. Die Auswahl der Unternehmen	264
A. Beurteilung der Eignung	265
1. Grundlegendes	265
a) Systematik	265
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	266
2. Ausschließungsgründe	267
a) Ausschließungsgründe betreffend die persönliche Lage	268
aa) Obligatorische Ausschließungsgründe	268
bb) Fakultative Ausschließungsgründe	269
cc) Nachweise und Beweise betreffend die persönliche Lage	271
b) Befähigung zur Berufsausübung - Befugnis	271
aa) Eintragung in Berufsregister	271
bb) Berufsberechtigung und Mitgliedschaft	271
cc) Erfordernis einer bestimmten Rechtsform	272
c) Wettbewerbsrechtliche Aspekte	272
aa) Beihilfenrecht	272
bb) Vorarbeitenproblematik und Interessenskonflikte	273
3. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	273
a) Nachweise	273
b) Kriterien	274
4. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	275
a) Nachweise	275
b) Kriterien	276
5. Alternativer Nachweis: Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder Zertifizierung	276
6. Alternative in den Sektoren: Prüfungssystem (Präqualifikation)	278

B.	Sonderprobleme der Eignung bestimmter Unternehmen	279
1.	Juristische Personen	279
2.	Bewerber- und Bietergemeinschaften	280
3.	Konzerne und diesen angehörende Unternehmen	280
4.	Subunternehmen (Nachunternehmen) sowie Generalübernehmer	281
C.	Die zahlenmäßige Beschränkung der einzuladenden Unternehmen	282
D.	Die Berücksichtigung ökologischer oder sozialer Kriterien	283
III.	Die Prüfung der Angebote	285
A.	Formelle Prüfung der Angebote	285
B.	Sachliche Prüfung (Wertung) der Angebote und Zuschlagskriterium	286
1.	Grundsätze	286
2.	Zuschlagskriterien	286
a)	Niedrigster Preis	287
b)	Wirtschaftlich günstigstes Angebot	287
C.	Sonderfälle: Prüfung bestimmter Angebote	290
1.	Varianten (Alternativ- oder Nebenangebote)	290
2.	Ungewöhnlich niedrige Angebote	290
a)	Voraussetzung: Ungewöhnlich niedriges Angebot	291
b)	Rechtsfolge: Durchführung eines besonderen Verfahrens	291
3.	Angebote mit Drittlandsbezug im Sektorenbereich	293
4.	Berücksichtigung sonstiger Faktoren (sog. vergabefremde Kriterien)	294
IV.	Ideen- und Realisierungswettbewerbe	298
5.	Abschnitt - Gestaltungsmöglichkeiten	298
I.	Gestaltung der Ausschreibung	298
A.	Ausschreibungsvarianten oder Varianten (-angebote) im traditionellen Sinn	299
B.	Alternativ- oder Nebenangebote: Varianten im Sinn der Richtlinien	299
C.	Parallelausschreibungen	300
D.	Unteraufträge: Einbindung von Subunternehmen (Nachunternehmen)	301
II.	Änderungen von Vergabebedingungen	302
A.	Änderungen vor Ablauf der Angebots- oder Teilnahmefrist	303
B.	Änderungen nach Ablauf der Angebots- oder Teilnahmefrist	303
C.	Änderungen nach Erteilung des Zuschlags	304
III.	Berücksichtigung sonstiger Faktoren (sog. vergabefremder Aspekte)	306
A.	Rechtspolitische Überlegungen	306
B.	Rechtliche Beurteilung	308
1.	Ausgangspunkt	308
2.	Bedeutung des GPA	309
3.	Zulässigkeit sonstiger Faktoren in den verschiedenen Phasen des Vergabeverfahrens	311
a)	Überblick über die verschiedenen Phasen	311
b)	Ausgestaltung als zusätzliche Bedingungen für die Auftragsausführung	311
aa)	Voraussetzungen für die Zulässigkeit	311
bb)	Rechtliche Einordnung	313
cc)	Praktische Anwendungsfälle	314
IV.	Vorzeitige Beendigung eines Vergabeverfahrens	316

6. Abschnitt-Transparenz ex post	317
I. Bekanntmachung erfolgreicher Vergaben: Nachinformation	318
II. Dokumentation erfolgreicher Vergaben	318
III. Mitteilung an die Bieter	319
3. Teil - Rechtsschutz für europäisches Vergaberecht	320
§ 1 Grundsätzliches zum Rechtsschutz	320
1. Abschnitt - Problematik des Vergaberechtsschutzes	320
2. Abschnitt - Rechtsgrundlagen des Vergaberechtsschutzes	321
I. Primärrecht	321
II. Sekundärrecht	322
A. Koordinierungsrichtlinien	322
B. Sonstiges Vergaberecht	322
§ 2 Rechtsschutz in den Mitgliedstaaten	323
1. Abschnitt - Primärrechtliche Vorgaben	323
I. Die allgemeinen Rechtsschutzgarantien	324
A. Recht auf ein wirksames Vergabekontrollverfahren	324
B. Recht auf vorläufigen Rechtsschutz	325
C. Recht auf Schadenersatz	326
II. Besonderer Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht	327
A. Kartell- und Missbrauchsverbot	328
B. Beihilfenrecht	328
2. Abschnitt - Sekundärrechtliche Vorgaben	329
I. Nachprüfungsverfahren	330
A. Allgemeine Grundsätze	330
1. Verfahrenleitende Prinzipien	330
2. Antragsrecht	331
a) Allgemeine Grundsätze	331
aa) Voraussetzungen	331
bb) Präklusionsfristen	333
cc) Rügeobliegenheit	333
dd) Vorschaltung eines anderen Verfahrens	334
b) Mindeststandard für bestimmte Anwendungsfälle	335
3. Nachprüfbare Akte: Gegenstand der Kontrolle	337
4. Nachprüfbare Rechtsverletzungen: Kontrollmaßstab	340
a) Verstöße gegen bestimmte Vorschriften des Gemeinschaftsrechts	340
b) Verstöße gegen die einzelstaatlichen Umsetzungsvorschriften	342
5. Nachprüfungsinstanzen	342
a) Aufteilung auf mehrere Einrichtungen	342
b) Anforderungen an die Nachprüfungsinstanzen	343
6. Vorgaben für das Verfahren vor den gerichtlichen Nachprüfungsinstanzen	344
7. Anforderungen an die Akte der Nachprüfungsinstanzen	345
B. Die einzelnen Nachprüfungsverfahren	346
1. Vorläufiger Rechtsschutz	346
a) Bedeutung und Zielsetzung	346

b)	Voraussetzungen für die Erlassung vorläufiger Maßnahmen	349
aa)	Berücksichtigung bestimmter Gesichtspunkte.	350
bb)	Voraussetzung für das Absehen von vorläufigen Maßnahmen.	351
2.	Aufhebung rechtswidriger Entscheidungen.	351
a)	Aufhebbare Entscheidungen.	352
aa)	Streichung von Spezifikationen.	352
bb)	Entscheidungen betreffend die Eignungs- oder die Angebotsprüfung	352
cc)	Entscheidung über den Zuschlag	352
dd)	De-facto-Vergaben.	357
ee)	Vorzeitige Beendigung des Vergabeverfahrens	359
b)	Auswirkungen der Aufhebung von Entscheidungen.	361
3.	Alternative in den Sektoren: Ersatzverfahren.	362
a)	Grundsätze.	362
b)	Beispiel: Zwangsgeldverfahren.	363
4.	Schadenersatz.	363
a)	Allgemeine Regelung: Voraussetzungen.	366
aa)	Schaden.	366
bb)	Rechtswidrigkeit.	366
cc)	Kausalität	366
dd)	Verschulden.	367
b)	Ersatz des Schadens	369
aa)	Vertrauensinteresse und Erfüllungsinteresse.	369
bb)	Voraussetzungen für den Ersatz von Vertrauensinteresse und Erfüllungsinteresse.	370
c)	Spezielle Regelung für den Ersatz der Kosten in den Sektoren.	372
5.	Leistungs- und Unterlassungsansprüche gegen den Auftraggeber.	373
a)	Leistungsansprüche.	374
b)	Ansprüche auf Unterlassung.	375
C.	Auswirkungen auf bestehende Verträge.	375
1.	Grundsätzliches.	375
2.	Eingriff in Verträge - Rückabwicklung.	377
a)	Auswirkungen auf den - nicht ausgeführten - Auftrag	379
b)	Auswirkungen auf den - ausgeführten - Auftrag	379
II.	Besonderes Verfahren in den Sektoren: Bescheinigungsverfahren.	380
A.	Grundsätze.	380
B.	Ablauf des Verfahrens.	381
1.	Prüfung und Bericht	381
2.	Bescheinigung	382
3.	Veröffentlichung einer Erklärung	382
§ 3	Rechtsschutz auf Gemeinschaftsebene	382
I.	Abschnitt - Vorabentscheidungsverfahren	383
I.	Bedeutung im Vergabewesen.	383
A.	Grundsätzliches.	383
B.	Zuständigkeit und Zulässigkeit.	384
II.	Erfasste Vergaberechtsvorschriften.	385
III.	Rechtliche Wirkungen von Urteilen in Vorabentscheidungsverfahren.	386

2. Abschnitt - Kontrolle durch die Kommission und nachfolgend durch die Gemeinschaftsgerichte	387
I. Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 226 EG-V	387
A. Funktion	388
B. Anwendungsbereich	389
C. Vertragsverletzungsverfahren und der Faktor Zeit im Vergabewesen	392
D. Wirkungen des Urteils auf abgeschlossene Vergabeverfahren	395
II. Zahlung eines Pauschalbetrages oder Zwangsgeldes nach Art. 228 EG-V	395
A. Verfahren	396
B. Höhe des Zwangsgeldes	397
III. Nichtigkeitsklagen nach Art. 230 EG-V	398
A. Grundsätze	398
B. Anwendungsfälle	399
1. Ausführung oder Änderung der Richtlinien	399
2. Ausnahme von der Sektorenrichtlinie	399
a) Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage	399
b) Nachprüfung durch das GEI und den EuGH	400
IV. Vorläufiger Rechtsschutz nach Art. 243 EG-V	400
A. Anwendungsbereich	401
B. Voraussetzungen	402
1. Dringlichkeit	403
2. Überwiegen der Interessen des Antragstellers	404
C. Adressat und Inhalt vorläufiger Maßnahmen	404
V. Kontrolle im Rahmen des Wettbewerbsrechts	406
A. Kontrolle im Beihilfenrecht	406
1. Kontrolle durch die Kommission	406
2. Kontrolle durch die Gemeinschaftsgerichte	407
a) Klage der Kommission	407
b) Klage von Mitgliedstaaten und Dritten	407
aa) Nichtigkeitsklage	407
bb) Schadenersatzklage	407
B. Kontrolle im sonstigen Wettbewerbsrecht	407
3. Abschnitt - Sekundärrechtlich geregelte Verfahren	408
I. Korrekturmechanismus: Beanstandungsverfahren	408
A. Gegenstand des Beanstandungsverfahrens	408
B. Ablauf des Beanstandungsverfahrens	410
1. Einleitung des Verfahrens durch die Kommission	411
2. Verpflichtungen des Mitgliedstaates	411
a) Pflicht zur Übermittlung von Informationen	411
b) Pflicht zu einer weiteren Mitteilung	411
3. Anrufung des EuGH	412
C. Bewertung	412
II. Besonderes Verfahren in den Sektoren: Schlichtungsverfahren	413
A. Verhältnis zu anderen Verfahren	413
B. Ablauf eines Schlichtungsverfahrens	414
1. Schlichtungsantrag	414
2. Vorverfahren	415

Inhalt

3. Schlichtungsverfahren im engeren Sinn.	415
a) Bestimmung der Schlichtungsorgane.	415
b) Durchführung des Verfahrens.	416
aa) Prozessuale Vorgaben.	416
bb) Zielvorgabe: Herbeiführung einer Einigung	417
cc) Beendigung des Verfahrens.	417
Literaturverzeichnis.	418
Sachregister.	457